

Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie zwei Gruppen, die sich jeweils mit einer »Krisenerzählung« (M1 oder M2) auseinandersetzen. Besprechen Sie, mit welchem Diagramm (M3 oder M4) sich Ihre Erzählung untermauern lässt.
2. Bereiten Sie eine kurze Präsentation Ihrer Krisenerzählung vor, in der Sie auf das passende Diagramm verweisen.
3. Diskutieren Sie folgende Fragen: Welche Krisenerzählung halten Sie für plausibler? Inwiefern

sprechen die beiden Diagramme für oder gegen die jeweilige Erzählung?

4. Worin unterscheidet sich die Krisenerzählung nach Karl Marx (M5) von den beiden anderen Krisenerzählungen? Welche Kritikpunkte an M1 und M2 werden genannt? Was könnte es konkret bedeuten, dass die »Produktion gesellschaftlich kontrolliert und die Ziele und Mittel der Produktion neu bestimmt« werden sollen?

Die »neoklassische Krisenerzählung«: Die Krise ist hauptsächlich M1 aufgrund von fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verschwenderischer Staatsausgaben in den Krisenländern entstanden

1 »Ein erster einflussreicher Diskurs in den gegenwärtigen Debatten, basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule, geht davon aus, dass die heutigen Krisenländer nach der Einführung des Euro 1999 zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese Ansicht kann wie folgt zusammengefasst werden: Anstatt die nach Einführung des Euros zusätzlichen Kapitalströme für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von öffentlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und dementsprechend hat sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verschlechtert. Deshalb nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen geführt hat. Einhergehend mit der Ursachenbeschreibung, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern der Krise zugrunde liegen, wird auf folgende wirtschaftspolitische Implikationen hingewiesen: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese angebotsorientierten Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und fiskalische Kürzungsmaßnahmen. Schließlich wird die Krise generell als Staatsschuldenkri-

se eingestuft. Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nie mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nie mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Regeln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Verschuldung. Letztere Staaten verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, sobald die Krise ausgebrochen war. Neoklassische ÖkonomInnen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder durch einen Bail-out »gerettet« werden sollen. Für einen solchen Vorgang müssten andere, finanziell besser gestellte Staaten der Eurozone haften. Hinter der Ablehnung verbirgt sich das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen die Vertreter dieses Ansatzes, dass die Regeln der Maastricht-Kriterien hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet und verschärft werden.« ■ Quelle:

Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015): *Die Eurokrise unterrichten*, S. 6.

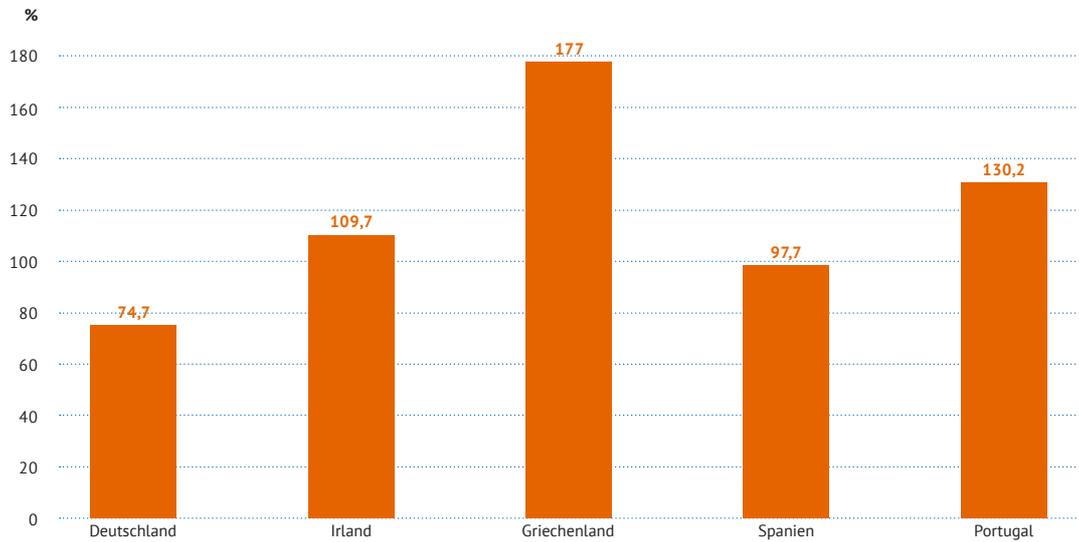
Die »keynesianische Krisenerzählung«:

M2 Restriktive Fiskalpolitik und Lohnzurückhaltung in Exportüberschussländern wie Deutschland sind ein großer Teil des Problems

1 »Keynesianische ÖkonomInnen kritisieren die
 2 soeben dargelegte »angebotsorientierte« Deutung
 3 der Krise. Sie argumentieren insbesondere, dass
 4 die Exportdefizite der heutigen Krisenländer
 5 nicht zuletzt die Kehrseite der schwachen Binnen-
 6 nachfrage und übermäßiger Abhängigkeit von
 7 Nettoexporten einer Reihe von Ländern im »Zen-
 8 trum« der Eurozone gewesen sind. Es ist eindeutig,
 9 dass den Exportüberschüssen einer Gruppe von
 10 Ländern (darunter Deutschland, Österreich, die
 11 Niederlande und andere) Exportdefizite in an-
 12 deren Ländern (darunter Griechenland, Spanien,
 13 Portugal, aber auch Frankreich und Italien) gegen-
 14 überstehen müssen. Der keynesianischen Analyse
 15 zufolge haben sowohl die Stagnation der Reallöh-
 16 ne sowie der mittleren Einkommen als auch die
 17 restriktive Fiskalpolitik vor allem in Deutschland,
 18 bei Weitem Europas größte Wirtschaft, zu den
 19 Handelsungleichgewichten innerhalb der Euro-
 20 zone beigetragen. Die Gründe hierfür sind gemäß
 21 dieser Kriseninterpretation, dass Lohndeflation,
 22 Deregulierung des Arbeitsmarkts und Kürzungen
 23 in Deutschlands Sozialversicherungssystemen die
 24 Konsumnachfrage geschwächt haben, während
 25 die Regierung gleichzeitig eine prozyklische und
 26 kontraktive Fiskalpolitik in den ersten Jahren nach
 27 Einführung des Euros umgesetzt hat. Da Nach-
 28 frage und Inflation in Deutschland in den Jahren
 29 nach Einführung des Euros so niedrig waren,
 30 musste die Europäische Zentralbank die Zinsen
 31 über einen langen Zeitraum niedrig halten, um
 32 die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutsch-
 33 land und anderen Ländern im »Zentrum« zu
 34 unterstützen. Dies hat das exzessive Wachstum der
 35 privaten Verschuldung insbesondere in den Län-
 36 dern der Peripherie mit befördert.
 37 [...] Ein entscheidender Beitrag zur Lösung
 38 der Krise muss nach dieser Sichtweise daher von
 39 den Überschussländern kommen, die ihre öffent-
 40 lichen Investitionen erhöhen und die Lohnzu-
 41 rückhaltung aufgeben sollten. Austerität wird als
 42 unpassende Antwort auf die Krise erachtet, weil
 43 sie die Rezession verschlimmert und die Stabili-
 44 sierung der Verschuldung aufgrund von sinken-
 45 den Einkommen und sinkender Steuereinnahmen
 46 erschwert. Stattdessen werden antizyklische Fis-
 47 kalpolitik und expansive Geldpolitik befürwortet,
 48 um die ökonomische Situation des Euroraums zu
 49 stabilisieren. Eine vertiefte wirtschaftliche Koope-
 50 ration der Euroländer wird gefordert. Idealerweise
 51 sollte es eine Wirtschaftsregierung für die Wäh-
 52 rungsunion und eine gemeinschaftliche Verant-
 53 wortung für Staatsschulden geben – Maßnahmen,
 54 die den vermehrten Einsatz von diskretionärer
 55 Fiskalpolitik anstelle eines ausschließlich regelba-
 56 sierten Ansatzes ermöglichen sollten. Zumindest
 57 sollten die fiskalischen Konsolidierungsmaßnah-
 58 men und Lohnkürzungen in den Krisenländern
 59 begrenzt und durch höhere Staatsausgaben und
 60 Lohnerhöhungen in den Überschussländern er-
 61 gänzt werden.« ■ Quelle: Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015):
 Die Eurokrise unterrichten, S. 7f.

M3 Das Schuldenstand ausgewählter Eurostaaten 2014

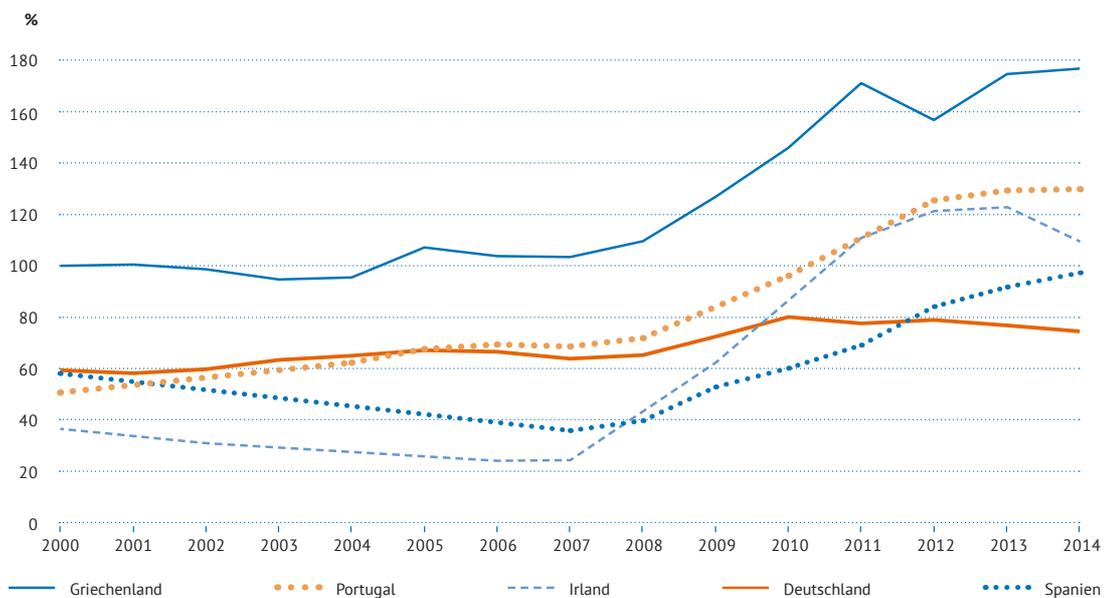
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND 2014 (IN PROZENT DES BIP)



Quelle: Eurostat-Datenbank

M4 Entwicklung der Staatsschulden in Europa (von 2000 bis 2014)

ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BIP



Quelle: Eurostat-Datenbank

M5 Die »marxistische Krisenerzählung«: Die Spielregeln, nicht die Spieler. Die Finanzkrise nach Karl Marx

1 Profitmaximierung und Konkurrenz werden immer
wieder Krisen wie die gegenwärtige hervorbringen. Eine
Verstaatlichung tauscht lediglich die Akteure aus, ohne die
Struktur anzutasten.

5 »Nicht nur Politiker, auch Ökonomen haben ihre
Not mit der Finanzkrise. Die an Universitäten
und in Beratergremien vorherrschende neoklas-
sische Wirtschaftstheorie kennt in ihren Markt-
modellen überhaupt keine Krisen. Wenn es doch
10 zu »Störungen« komme, dann nur durch Eingriffe
von außerhalb des Marktes. Daher haben die Neo-
klassiker jahrein, jahraus den angeblich so effizi-
enten Markt angepriesen, der, wenn man ihn nur
15 ließe, alle unsere Probleme lösen würde – von der
Arbeitslosigkeit bis zu den Kosten von Altersrente
und Gesundheit.

Inzwischen sind die Auftritte der radikalen
Marktverfechter nur noch peinlich. [...] Keynesi-
20 aner haben es etwas besser. Sie hatten schon immer
auf die Grenzen des Marktes hingewiesen und be-
tont, dass auch Lohnsenkungen nicht automatisch
zu Vollbeschäftigung führten. Kapitalismus würde
immer wieder Arbeitslosigkeit hervorbringen, da
25 die Investitionen in der Regel nicht ausreichen,
um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen. Mit einem
unerschütterlichen Vertrauen in die Möglichkei-
ten staatlichen Handelns forderten sie, dass der
Staat mit Investitionsanreizen und Konjunktur-
30 programmen Krisen entgegenwirken solle.

Wer die Wirtschaftskrisen nicht ignorierte oder
auf prinzipiell kontrollierbare Störungen reduzier-
te, war Karl Marx. Dass er jetzt wieder öffentliche
Aufmerksamkeit erfährt, überrascht nicht. Zwar
35 ist sein »Kapital« schon mehr als 140 Jahre alt, doch
analytisierte Marx nicht bloß den englischen Kapi-
talismus seiner Zeit. Dieser, so betonte er, diene
ihm nur als »Illustration« der »theoretischen Ent-
wicklung«. Was er darstellen wolle, sei nicht eine
40 bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus,
sondern dessen grundlegende Strukturen und
Mechanismen.

[...] Kapital ist [...] nicht einfach eine Wert-
summe, sondern Wert, der sich verwertet, Mehr-
wert hervorbringt – durch die Ausbeutung
menschlicher Arbeitskraft. Diese Verwertung
kennt keine innere Grenze, sie ist maßlos. Der
Druck der Konkurrenz zwingt den einzelnen Ka-
pitalisten diese Maßlosigkeit auf, ob sie individuell
50 besonders gierig sind oder nicht, spielt dabei keine
große Rolle.

Die unmittelbaren Produzenten, die Arbei-
ter und Arbeiterinnen, sind in dieser auf immer
mehr Verwertung ausgerichteten Produktion ein
55 Kostenfaktor, den es zu reduzieren gilt, während

gleichzeitig die Produktivität dieses Faktors immer
weiter gesteigert werden soll. Diese Konstellation
hat nicht nur äußerst zerstörerische Konsequenzen
für die Arbeitskraft (wie auch für die Natur), sie
60 bildet auch eine wesentliche Ursache der Krisen-
haftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

Der permanenten Steigerung der Produktivität,
die meist eine Produktionsausweitung erfordert,
steht eine Tendenz zur Beschränkung der Kon-
summöglichkeiten gegenüber, da aus Kosten-
65 gründen Lohnhöhe und Beschäftigtenzahl gering
bleiben sollen. Es ist, als ob man beim Autofahren
Gaspedal und Bremspedal stets gleichzeitig betät-
igt, was auf Dauer nicht gut gehen kann. Nicht
äußere Störungen, sondern das Ziel kapitalisti-
70 scher Produktion, die beständige Steigerung der
Kapitalverwertung, liegt der krisenhaften Ent-
wicklung des Kapitalismus zugrunde.

[...] Unzureichend sind auch die momentan
gängigen Krisenerklärungen, dass es sich bei den
Finanzmärkten um Einrichtungen handle, die
der kapitalistischen Produktion zwar äußerlich
75 seien, die aber durch zu viel Spekulation und zu
große Risikobereitschaft der Banken und Fonds
erheblichen Schaden anrichten könnten. Derlei
Erklärungen hält Marx entgegen, dass eine entfal-
tete kapitalistische Produktion ohne entwickeltes
Kreditsystem gar nicht möglich sei. [...] Eine ent-
faltete kapitalistische Ökonomie ist nur bei sich
80 ausdehnenden Kreditbeziehungen möglich. Ein
entwickeltes Kreditsystem funktioniert aber nur,
wenn der Kredit selbst, das heißt die verbrieften
Schulden, zur handelbaren Ware werden, wenn es
Finanzmärkte gibt.

[...] Zu kurz gegriffen ist auch die Forderung
nach einer Verstaatlichung des Bankensektors.
[...] Nicht die jeweiligen Spieler (ob öffentlich
oder privat) sind das Problem, sondern die Spiel-
regeln. Soll versucht werden, über ein verstaatlich-
tes Bankensystem die kapitalistische Produktion
95 in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken
oder sie wenigstens weniger krisenhaft zu machen,
dann muss auch in den kapitalistischen Charakter
dieser Produktion eingegriffen werden. [...] Im
Unterschied zu manchen Marxisten hatte Marx
kein naives Vertrauen in Verstaatlichungen. Um
die Spielregeln zu ändern, müsste die Produktion
nämlich nicht nur gesellschaftlicher Kontrolle un-
terworfen werden (was etwas anderes ist als staat-
100 liche Kontrolle), vor allem müssten die Ziele und
Mittel der Produktion neu bestimmt werden. So-
lange jedoch Profitmaximierung und Konkurrenz
vorherrschen, werden wir immer wieder Krisen
wie die gegenwärtige erleben.« ■ Quelle: Michael Heinrich, die

tageszeitung vom 14.01.2009